

11. Mai 2009

Die vom BAV geplante Trassenpreiserhöhung für den Güterverkehr auf 2010 wird abgelehnt

Das Bundesamt für Verkehr will den Trassenpreis auf 2010 für den Bahngüterverkehr markant erhöhen. Je nach Variante soll der Wagenladungsverkehr 20 Mio. Franken beziehungsweise 35,1 Mio. Franken mehr bezahlen. Dies steht im Widerspruch zu den Beschlüssen des Parlaments, welches den Bundesrat zu einer Senkung des Trassenpreises für den Güterverkehr auffordert, und wird zu einer raschen Verlagerung bestehender Schienenverkehre auf die Strasse führen. Der VAP lehnt den Vorschlag des Bundesamts für Verkehr daher ab und fordert eine rasche Grundsatzdebatte zur Netzfinanzierung und zur Rolle des Trassenpreises.

Im vergangenen Jahr hat die Politik wichtige Schritte zur dringend notwendigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Güterverkehr getan. Im Dezember 2008 wurde die Güterverkehrsvorlage vom Parlament verabschiedet, welche die Förderung des Bahngüterverkehrs zum Ziel hat. Transit-, Import-, Export- und Binnenverkehr sollen dank günstiger Rahmenbedingungen und durch gezielte Förderung der Bahn vermehrt auf die Schiene verlagert werden.

Die dringend notwendige Flexibilisierung des Netzzugangs, die Verbesserung der Netzauslastung durch ein intelligentes Trassenpreissystem und die Senkung des Trassenpreises für den Güterverkehr wurden aufgrund der Motionen Pedrina SP/TI (07.3272), Rime SVP/FR (08.3596) und Büttiker FDP/SO (08.3545) vom Bundesrat aufgenommen.

Die nun vom Bundesamt für Verkehr vorgeschlagene Revision des Trassenpreises mit Wirkung ab 13.12.2009 führt zu einer deutlichen Verteuerung des konventionellen Bahngüterverkehrs und zu einer Entlastung des kombinierten Verkehrs, KV. Letztere hat jedoch nur Auswirkungen auf die Höhe der vom Bund an die Marktteilnehmer geleisteten Abgeltungen, während erstere den Markt unmittelbar belastet.

- Eine Erhöhung des Trassenpreises führt in der derzeit konjunkturbedingt extrem stark ausgeprägten Konkurrenzsituation zwischen Schiene und Strasse zu einer Verlagerung des Bahngüterverkehrs auf die Strasse.
- Die vom Parlament beschlossene Förderung des Bahngüterverkehrs wird somit in ihr Gegenteil verkehrt.

Der VAP lehnt aus diesen Gründen den Vorschlag des Bundesamts für Verkehr ab. Nötig ist eine besonnene Analyse, wie das Eisenbahnnetz finanziert werden und welche Rolle der Trassenpreis dabei spielen soll.

Auskünfte: Frank Furrer, Generalsekretär 044 491 15 95